

Fest, Hartmut

Article — Digitized Version

Soll die Bundesrepublik mit Defiziten leben?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fest, Hartmut (1980) : Soll die Bundesrepublik mit Defiziten leben?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 3, pp. 132-137

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135416>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Soll die Bundesrepublik mit Defiziten leben?

Hartmut Fest, Bonn

Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik schloß 1979 erstmals seit vielen Jahren mit einem Defizit ab, das rd. 9 Mrd. DM betrug. Im Jahr davor hatten wir noch einen Überschuß von über 17 Mrd. DM. Dieser Umschwung in der Zeit von 1978 bis 1979 ist gut zur Hälfte auf die Ölverteuerung einerseits sowie auf konjunkturbedingte Mehrimporte und das gestiegene Defizit der Dienstleistungsbilanz andererseits zurückzuführen. Bereits jetzt ist aufgrund des Rohölpreisanstiegs von Mitte 1979 bis Anfang Februar 1980 mit einer zusätzlichen Ölbelastung von über 23 Mrd. DM für 1980 zu rechnen. Das deutsche Leistungsbilanzdefizit dürfte sich daher 1980 weiter erhöhen. Gibt diese Entwicklung Anlaß, die internationale Rolle der Bundesrepublik als strukturelles Überschußland zu überdenken?

Die neuen Ölpreiserhöhungen führen zu internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichten von zuvor nie erreichten Dimensionen. Nach häufig genannten Schätzungen stehen im Jahre 1980 OPEC-Überschüssen in der Leistungsbilanz von rd. 100 Mrd. \$ (1979: 68 Mrd. \$) Defizite der OECD-Länder in Höhe von rd. 50 Mrd. \$ (1979: 33 Mrd. \$) gegenüber. Für die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer belaufen sich die entsprechenden Schätzungen für das Leistungsbilanzdefizit auf 45 - 50 Mrd. für 1980 (1979 etwa 25 Mrd. \$). Nach den jüngsten Ölpreiserhöhungen dürften diese Werte sicherlich noch übertroffen werden.

In Anbetracht der bestehenden und für die Zukunft absehbaren anhaltenden weltweiten Energie- und hierbei insbesondere Ölverknappung und der bestehenden internationalen Zahlungsbilanzungleichgewichte stellt sich die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland sich wie bisher als traditionelles Überschußland verstehen sollte bzw. verstehen kann. Darauf werden unterschiedliche Antworten gegeben¹. Von Skeptikern vernimmt man, daß mit der durch den Ölpreisanstieg verursachten drastischen Verschlechterung der realwirtschaftlichen Austauschverhältnisse im Außenhandel (1978: + 3,6 %, 1979: rd. -6 % auf Ba-

sis von Durchschnittswerten) die Grundlage für ein derartiges Selbstverständnis der Bundesrepublik entfallen sei. Dies werde spätestens dann offenbar werden, wenn sich – was als wahrscheinlich gelten muß – die Verschlechterung der Terms of Trade einige Zeit fortsetzt. Zu fragen wäre, wie die Wirtschaftspolitik darauf reagieren sollte.

Das Lastenverteilungsargument

Andere Stimmen sehen bei einem Anhalten des bestehenden extremen Ungleichgewichts von Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten in der Welt eine neue internationale Aufgabe auf die Bundesrepublik zukommen: durch Hinnahme von Defiziten in der eigenen Leistungsbilanz einen Beitrag zur gleichmäßigeren Verteilung der Leistungsbilanzdefizite zwischen den westlichen Ölimportländern zu leisten. Dieses sogenannte Lastenverteilungsargument wird auch von internationalen Organisationen vertreten. Wenn sich danach die Bundesrepublik in einer Überschußposition hielte, während die Gesamtheit der Ölverbraucherländer gegenüber den OPEC-Ländern ein Leistungsbilanzdefizit aufweise, wären die Zahlungsbilanzbelastungen einzelner Länder noch größer. Den damit verbundenen höheren Finanzierungsbedarf könnten Defizitländer, insbesondere Entwicklungsländer, deren internationale Verschuldungsfähigkeit vielfach bereits begrenzt ist, kaum decken. Hieraus werden zu Recht erhöhte Protektionismusgefahren abgeleitet.

¹ Meine Überlegungen gelten vor allem der normativen Seite des Problems, weniger der Abschätzung der Leistungsbilanzperspektiven der Bundesrepublik für die nächsten Jahre.

Dr. Hartmut Fest, 41, ist Regierungsdirektor und Leiter des Referates Internationale Wirtschaftsentwicklung im Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn.

Dieser „Burden sharing“-Gedanke scheint suggestiv überzeugend zu sein. Er enthält allerdings keine Therapie, die an den eigentlichen realwirtschaftlichen Ursachen der Energieverknappung ansetzt. Er orientiert sich einseitig an der globalen Saldenproblematik der Leistungsbilanzbetrachtung. Das Argument setzt zudem voraus, daß die Leistungsbilanzposition eines Landes eine kurzfristig beeinflussbare Größe darstellt. Demnach wäre eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die bei anhaltend hohen OPEC-Überschüssen als gesamtwirtschaftliches Ziel ein Leistungsbilanzdefizit anstrebt, zumindest jedoch ein Defizit toleriert.

Diametral entgegengesetzte Schlußfolgerungen lassen sich bei einer dritten, pessimistischeren Gruppe von Meinungen ablesen. Eine anhaltend passive Leistungsbilanz werde die Fähigkeit der Bundesrepublik gefährden, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Zunehmende staatliche Entwicklungshilfe, steigende Beitragszahlungen an internationale Organisationen und Finanzinstitute und verstärkte Leistungen an die Europäische Gemeinschaft würden in Zukunft größere Anforderungen an die deutsche Außenhandelsposition stellen. Zudem sei die deutsche Leistungsbilanzperspektive auch vor dem Hintergrund eines strukturellen Defizitelements zu sehen, das bereits in der Leistungsbilanzposition als zunehmende Passivierungstendenz der Reiseverkehrsbilanz angelegt sei. Dies alles zusammengenommen laufe auf wachsende reale Ansprüche des Auslands an die deutsche Volkswirtschaft hinaus. Deshalb sei zur Wiedererzielung von Leistungsbilanzüberschüssen eine aktive Wirtschaftspolitik geboten. Von hier bis zur Forderung nach einer Strategie der gezielten Außenhandelsförderung ist es dann nicht mehr weit.

Selbstkorrektur der Leistungsbilanz?

Schließlich trifft man auf eine vierte, optimistischere Gruppe, die an die deutschen Erfahrungen nach der ersten Ölkrise 1973/74 erinnert. Damals sei der Bundesrepublik ein weitgehender Abbau der ölpreisinduzierten Verschlechterung ihrer Austauschrelation zum Ausland binnen sechs Quartalen bis Mitte 1975 gelungen. Wegen der international vergleichsweise robusteren Konstitution der deutschen Wirtschaft werde sich das Leistungsbilanzdefizit – ähnlich wie 1975/76 – auch diesmal innerhalb relativ kurzer Frist von selbst korrigieren.

Es ist jedoch zu bezweifeln, daß die deutsche Situation von heute unter konjunkturellen wie unter mittelfristigen Gesichtspunkten mit der von 1973/74 soweit vergleichbar ist, daß die Erwartung auf eine Selbstkor-

rektur der Leistungsbilanz gerechtfertigt erscheint. Der weitgehende Abbau der ölpreisinduzierten Verschlechterung der Austauschrelationen gelang damals nicht zuletzt deshalb so rasch, weil die deutsche Industrie bei dem beginnenden Abschwung freie Kapazitäten hatte, während unsere wichtigsten Handelspartner, die hinter der Bundesrepublik konjunkturell herhinkten, nicht so rasch an die Öllexportländer liefern konnten. Deshalb konnten auch höhere Preisforderungen für deutsche Ausfuhr Güter durchgesetzt werden. Die Situation ist heute wenigstens in zweifacher Hinsicht anders; es gibt im Ausland viele freie Kapazitäten, und eine explosionsartige Auftragslawine aus den OPEC-Ländern – wie damals – erwartet kaum jemand.

Vor allem aber wegen der gegenüber 1973/74 heute grundlegend veränderten langfristigen Energieperspektive ist eine andere Entwicklung der Außenhandelspreise als damals wahrscheinlich. Für die Zukunft wird jetzt übereinstimmend mit einem länger anhaltenden Anstieg des realen Ölpreises gerechnet, vor allem wegen der Erwartung, daß wichtige OPEC-Länder zu einer stärker die Ressourcen schonenden Förderpolitik übergehen werden. Auch könnten sich andere Rohstoffe im Windschatten der Ölpreise gleichfalls nachhaltig verteuern. Hinzu kommt – ebenfalls anders als 1973/74 – ein sich international im Trend verschärfender Konkurrenzdruck auf die deutsche Wirtschaft, nicht zuletzt wegen zunehmender Standortvorteile der Schwellenländer mit ihren kostengünstigeren Produktionen, vor allem bei industriellen Massengütern (realer Anstieg der Fertigwareneinfuhren in die Bundesrepublik 1977: + 2,8 %; 1978: + 4,9 %; 1979: + 6,7 %). Nur die Öffnung der Märkte der Industrieländer für diese Erzeugnisse läßt es möglich erscheinen, daß diese Entwicklungsländer ihre steigende Ölrechnung letztlich aus eigener Kraft bezahlen können.

Unangemessener Optimismus

Kurzfristiger Optimismus hinsichtlich einer raschen Selbstkorrektur der deutschen Leistungsbilanz erscheint also kaum fundiert, sieht man von deren zyklischer Komponente einmal ab. Allerdings stellt das Leistungsbilanzdefizit kurzfristig auch kein wirtschafts- oder währungspolitisches Problem dar. Die Devisenreserven der Deutschen Bundesbank würden – auch ohne Kapitalzuflüsse von außen – die Bezahlung des durch Exporterlöse nicht gedeckten Teils der deutschen Importrechnung einschließlich Öl für einige Zeit gestatten. Wegen der auch in der Bundesrepublik Anlage suchenden OPEC-Überschüsse ist jedoch durchaus mit ausländischen Kapitalzuflüssen zu rechnen. Zudem erleichtert ein deutsches Leistungsbilanzdefizit

kurzfristig tendenziell sogar die Stabilisierung des ölpreisbedingten Umschichtungsprozesses der internationalen Finanzmärkte und Währungsbeziehungen.

Insgesamt erscheinen weder Dramatisierung noch blanker Optimismus der deutschen Leistungsbilanzsituation angemessen. Allerdings birgt eine Hinnahme von Leistungsbilanzdefiziten über mehrere Jahre hinweg ohne parallel sich vollziehende Anpassung der internen Nachfrage- und Produktionsstrukturen für die Bundesrepublik große Risiken in sich. Sie würde ihre Leistungsfähigkeit aufs Spiel setzen und damit ihr Kapital verzehren, statt von dessen Erträgen zu leben. Zu fragen wäre daher vor allem, wie realistisch auf mittlere Sicht die zentrale Annahme des Lastenverteilungsarguments ist, bei einem anhaltenden Defizit in der deutschen Leistungsbilanz kämen ausreichend große Nettokapitalimporte – quasi von allein – zustande.

Realwirtschaftliche Seite

Zur Abklärung dieser Frage muß etwas breiter angesetzt werden. Bekanntlich gibt es mehrere Möglichkeiten für ein einzelnes Ölimportland, auf die Ölverteuerung von außen zu reagieren: Einschränkung seiner Importe oder Erhöhung seiner Exporte oder ständiger Import von Kapital zur Deckung seines Defizits. Nicht alle diese Wege sind hinsichtlich der Energieverknappung in gleicher Weise problemadäquat. Daß der erste aus wachstums-, beschäftigungs- und handelspolitischen Gründen nicht zu empfehlen ist, versteht sich von selbst und soll hier nicht weiter erläutert werden.

Durch eine Erhöhung der Ausfuhren läßt sich zwar das Defizit abbauen, d. h. das Energieproblem im Verhältnis zum Ausland lösen, nicht aber die Schmälerung des inländischen Spielraums für erhöhte Realeinkommen aufgrund der Ölverteuerung wettmachen. Hierüber entscheidet nicht die Entwicklung der Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr, sondern allein die Änderung der Exportpreise im Verhältnis zu den Importpreisen. Verbleibt nun aus der Ölpreiserhöhung eine dauerhafte Verschlechterung dieses realen Austauschverhältnisses, dann muß die Volkswirtschaft künftig für die Bezahlung einer gegebenen Menge an Importen mehr exportieren. Dieses „öl-äquivalente“ Mehr an Ausfuhrprodukten steht folglich für die inländische Verwendung nicht mehr zur Verfügung. Oder – auf die inländischen Produktionsfaktoren bezogen – es sind erheblich mehr Kapital und Arbeit im Inland erforderlich, um das nachgefragte Öl gegen eigene Exporte eintauschen zu können. Erst wenn es gelingt, die Produktivität von Kapital und Arbeit wieder zu steigern und durch ein verbessertes Preis-Leistungsverhältnis bei attraktiver

Produktpalette eine Verbesserung der Terms of Trade im internationalen Handel zu erzielen, erst dann ist die ölpreisinduzierte Einschränkung des inländischen Verteilungsspielraums für Realeinkommenssteigerungen wieder teilweise rückgängig gemacht worden.

Will man also die realwirtschaftliche Seite der Energieverknappung in den Griff bekommen, so muß man diese strukturelle Anpassung voranbringen. Dieser zentrale Aspekt kann von einer leistungsbilanzorientierten Analyse nicht mit hinreichender Schärfe erfaßt werden. Auch eine Einbeziehung von Kapitalimporten zum Ausgleich einer Passivierungstendenz erfaßt nicht ohne weiteres die realwirtschaftliche Dimension, um die es hier geht. Ausreichend große Nettokapitalimporte kämen auf Dauer nur zustande, wenn deren Anlage in der Bundesrepublik vergleichsweise sichere hohe Realerträge verspricht. Dafür sind hohe nominale Renditen aber nicht allein ausschlaggebend, sondern auch die Inflationsraten. Kurz, langfristig werden sich die Nettokapitalströme an der relativen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft orientieren. Die Vorgänge in ihrem realen Bereich werden auf mittlere Sicht ihre Finanzmärkte dominieren. Das gilt tendenziell auch für den Wechselkurs, obgleich es hier besonders augenscheinlich ist, daß die Wechselkurse grundlegende Trends im realen Bereich für einige Zeit durchaus überspielen können.

Strukturelle Daueranpassung

Aus all diesen Gründen werden schließlich in dem Maße, in dem die Bundesrepublik Fortschritte in ihrer strukturellen Daueranpassung macht, auch dauerhafte Nettokapitalimporte wahrscheinlich; zugleich werden sie aber auch weniger dringlich. Denn mit erfolgreicher struktureller Anpassung verbessert sich auch die reale Austauschposition zum Ausland wieder, und eine Aktivierungstendenz der Leistungsbilanz setzt ein.

Eine anhaltende Passivierungstendenz in der deutschen Leistungsbilanz könnte daher von der internationalen Finanz- und Geschäftswelt zu Recht als Alarmzeichen eines ungenügenden Anpassungsprozesses aufgefaßt werden. Denn im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, einem Land mit üppigen Rohstoffvorkommen, beruht die relative Stabilität der D-Mark viel stärker auf der aktuellen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und deren Bestimmungsgrößen. Die mittelfristigen Stabilitätserwartungen könnten sich international zuungunsten der Bundesrepublik verändern, und die Erwartung eines negativen Stabilitätsgefälles würde relativ rasch in eine trendmäßige Abwertung der D-Mark einmünden können, zumal

dann, wenn eine nachhaltige Abnahme der deutschen Devisenreserven damit einherginge. Auf die negativen Konsequenzen einer solchen Entwicklung für das inländische Preisniveau und für den Konflikt um die Einkommensverteilung zwischen den Tarifparteien sei nur vollständigshalber hingewiesen. Die internationalen Währungsbeziehungen – vor allem im Verhältnis zum Dollar – bergen demnach für die Bundesrepublik – anders als 1973/74 – heute Risiken, die während der Beschleunigung des Umstrukturierungsprozesses, vor der unsere Wirtschaft steht, leicht kumulativ wirken können. Dadurch würde schließlich auch das Vorzeichen des Kapitalverkehrs tangiert.

Schließlich muß das Europäische Währungssystem erwähnt werden, das für die Bundesrepublik im Ergebnis eine Verengung ihres monetären Handlungsspielraums nach innen und nach außen gebracht hat. Eine die Örechnung entlastende Aufwertungstendenz der D-Mark im EWS müßte sich jedenfalls dann, wenn sie wegen erfolgreicher Umstrukturierung unserer Wirtschaft von den ökonomischen Grundlagen her fundiert erscheint, ohne nachteilige Verzögerungen durchsetzen lassen!

Weltwirtschaftlicher Zusammenhang

Aus diesen Überlegungen lassen sich erste Schlüsse ziehen auf die längerfristige Zweckmäßigkeit der eingangs aufgeführten verschiedenen Antworten auf die deutsche Leistungsbilanzentwicklung. Weder eine forcierte Strategie der Außenhandelsförderung noch die bewußte Hinnahme von Defiziten bieten für die Bundesrepublik einen erfolgversprechenden Ausweg aus den durch die Energieverknappung verursachten Problemen. Ohne Fundierung in den makroökonomischen „Fundamentals“ fehlte bei dem einen die realwirtschaftliche Basis für dauerhafte Erfolge; bei dem anderen drohte sogar eine kumulative Erosion der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Wollten alle Ölimportländer ihre Exportmengen steigern, so wäre dafür die gütermäßige Aufnahmefähigkeit der Ölexportländer unzureichend; im weltwirtschaftlichen Kontext gibt es diesen Ausweg also gar nicht. Nur mit einer mittelfristigen Strategie der Förderung der energiepreisinduzierten strukturellen Daueranpassung läßt sich dem Energieproblem gleichzeitig im Inland – Ausweitung der gekürzten Realeinkommensmöglichkeiten – wie im Verhältnis zum Ausland – außenwirtschaftliche Aktivierungstendenz – bekommen. Einzig bei diesem Weg ist das Verhalten der einzelnen Ölimportländer miteinander vereinbar. Der Abbau der weltweiten Leistungsbilanzungleichgewichte kann sich mit Aussicht auf Erfolg nur über eine Ver-

änderung der güterwirtschaftlichen Austauschverhältnisse zwischen den großen Ungleichgewichtszonen vollziehen, d. h. über Veränderungen des realen Preis-Leistungsverhältnisses im Außenhandel der Länder.

Im Raum stehen allerdings noch Zweifel, ob nicht – wovon der „Burden sharing“-Gedanke ausgeht – unter den Industrieländern doch ein Interessenkonflikt zwischen Defizit- und Überschußländern besteht. Kurzfristig mag das so sein. Langfristig ist dies allerdings kaum der Fall. Es wäre aufzuzeigen, daß eine Identität der volkswirtschaftlichen Anpassungsaufgabe aufgrund der Ölverteuerung in Überschuß- wie in Defizitländern gegeben ist. Ein relativ steigendes Energiepreisniveau läßt in allen Volkswirtschaften immer wieder einen zusätzlichen Anpassungsbedarf bei den Produktionsstrukturen und den Verbrauchsgewohnheiten neu entstehen. Auch Defizitländer benötigen zur Bewältigung ihrer eigenen unausweichlichen Strukturanpassung hochproduktive, energie-effiziente Technologien und Kapitalgüter. Deren Einsatz gestattet ihnen letztlich wegen der dadurch ermöglichten hohen Produktivitätsfortschritte dauerhaft höhere Einkommenssteigerungen auch dann, wenn sie diese Investitionsgüter einführen müssen. Letztlich stärken sie dadurch ihre eigene ökonomische Basis, vor allem ihren Exportsektor. Die gesteigerte gesamtwirtschaftliche Produktivität ermöglicht die reale Bezahlung dieser Mehrimporte und erleichtert es ihnen darüber hinaus, ihren eigenen Einkommenstransfer an die Ölexportländer zu leisten.

Konsequenzen der Energieverknappung

Die entscheidenden realwirtschaftlichen Konsequenzen der Energieverknappung verdeutlichen: Weder an der international günstigeren Verteilung der Leistungsbilanzungleichgewichte in den Industrieländern von Mitte 1978 bis zur Ölpreiserhöhung Mitte 1979 noch an der sich für 1980 und danach abzeichnenden, wieder deutlich ungünstigeren Entwicklung läßt sich das Fortschrittstempo in den realen Anpassungsprozessen der westlichen Volkswirtschaften ablesen. Zwar sind in der Bundesrepublik, in wohl etwas geringerem Umfang auch in anderen Industrieländern, bereits strukturelle Anpassungsprozesse in Gang gekommen. Indessen verschärft sich in dem Maße, in dem Ölimportländer dem zunehmenden Anpassungsdruck auf ihre Wirtschaft auszuweichen vermögen – sei es durch erleichterte Finanzierung ihrer Defizite, sei es durch strukturschützende Eingriffe ihrer Regierungen –, das Anpassungsproblem. Der Aufschub der insbesondere energiepolitisch gebotenen Anpassung der Wirtschafts- und Nachfragestrukturen mag für ein

Land kurzfristig von politischem Vorteil (Arbeitsmarktprobleme) sein; sein Wohlstandsniveau wird auf mittlere Sicht jedoch weniger zunehmen können.

Insoweit einem Lande die Verbesserung seiner realen Austauschposition zum Ausland nicht gelingt, z. B. weil der Anpassungsprozeß zurückbleibt oder neue Ölverteuerungen die Bemühungen durchkreuzen, kann die ansteigende Ölrechnung – nach „Zwischenfinanzierung“ durch Kapitalimporte – letztlich nur durch gütermäßige Bezahlung erfolgen (Realtransfer). Die Ölexportländer müssen die Produktivkräfte (Kapital und Arbeit) der Ölimportländer durch vermehrte reale Importe von ihnen beanspruchen. Daran sind die Ölexportländer auch grundsätzlich interessiert; denn sie benötigen ebenso wie die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer letztlich Kapitalgüter; Finanzmittel wie Erdöleinnahmen, rückgeschleuste OPEC-Überschüsse und öffentliche Finanzhilfe oder privates Kapital aus den Industrieländern sind nur das unerläßliche Vehikel dafür. Diese Bedingung für den Realtransfer gilt unabhängig vom Niveau des Saldos im Außenhandel, d. h. für Überschuß- wie für Defizitländer. Selbst wenn diese ihr Defizit dauerhaft durch Netto-Kapitalzuflüsse zu finanzieren vermögen, d. h. die monetäre Zwischenfinanzierung prolongieren können, müssen sie eine zusätzliche Zinsbelastung real aufbringen.

Günstige Ausgangsposition der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik erfüllt die z. B. durch Ölpreiserhöhungen oder durch zusätzliche Entwicklungshilfeszahlungen neu entstandenen realen Ansprüche des Auslands bei gegebenen realen Austauschverhältnissen in dem Maße, in dem sie auf lange Sicht per Saldo ihren Handelspartnern einschließlich OPEC-Ländern einen stärkeren Zugriff auf ihre relativ produktiven Ressourcen gestattet (durch vermehrte deutsche Exporte), als sie selbst die ausländischen Produktivkräfte und Ressourcen einschließlich Öl zusätzlich in Anspruch nimmt (durch vermehrte Importe). Das heißt, sie muß ihre Defizite in der Leistungsbilanz verringern bzw. ihre Überschüsse in der Handels- und Dienstleistungsbilanz vergrößern.

Es ist wahrscheinlich, daß die Bundesrepublik im internationalen Strukturwandel auch weiterhin die Nase vorn haben könnte, weil und insoweit ihre Wirtschaft unter dem Aspekt des sparsameren Umgangs mit Energie einen Anpassungsvorsprung aufweist. Sie dürfte in diesem Fall zu den wichtigsten internationalen Lieferanten von energie-sensiblen Ausfuhrsgütern gehören. Damit würde sich die Orientierung auf den Preismechanismus, auf den die deutsche Wirtschaftspolitik stärker als in anderen Ländern immer gesetzt hat, auch außenwirtschaftlich voll auszahlen.

Auch die ausländischen „Unterlieferanten“ deutscher Exporteure würden Nutzen ziehen aus den internationalen handelsschöpfenden Effekten eines deutschen Wirtschaftswachstums, das durch vergleichsweise raschere Fortschritte in der Strukturanpassung vorangetrieben würde.

Aktivierungstendenz notwendig

Beide Aspekte des internationalen Anpassungsprozesses, der konjunkturelle wie der strukturelle Aspekt, der auf den Import von energie-effizienten produktivitätssteigernden Kapitalgütern abstellt, beschreiben einen dynamischen Wohlvorteil, den das „Burden sharing“-Argument außer Betracht läßt: Trotz anhaltend hoher OPEC-Überschüsse dürften die Industrieländer in ihrer Gesamtheit, aber auch die Defizitländer für sich genommen, auf Dauer besser gestellt sein, wenn jedes Land für sich danach strebt, seine Defizite abzubauen. Dabei wissen wir von vorneherein, daß dies wegen der Saldenmechanik gar nicht allen gelingen kann. Was für den Realtransfer indes zählt, ist die Aktivierungstendenz in der Leistungsbilanzposition, nicht das Niveau des Saldos!

Das nationale Interesse eines einzelnen Ölimportlandes an einer Aktivierung seiner Leistungsbilanzposition kollidiert bei der, angesichts der drohenden Energieverknappung angemessenen, langfristigen Betrachtung also nicht mit dem Gebot der internationalen Solidarität; beides liegt vielmehr eng beieinander. Vor dem Hintergrund der internationalen energiepolitischen Herausforderung der 80er Jahre kann der Wohl-

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

stand in der Welt, d. h. zukünftige reale Einkommenssteigerungsmöglichkeiten, am ehesten aufrechterhalten werden, wenn es recht vielen Volkswirtschaften gelingt, die ölpreisinduzierten Terms of Trade-Verluste bei den Realeinkommen möglichst gering zu halten. Die nationale Wirtschaftspolitik sollte deswegen jene Faktoren stärken, durch die die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf Dauer positiv beeinflusst werden kann, d. h. im Rahmen der Strukturanpassung vor allem die Produktivitäts- und Kostenentwicklung.

Über die tatsächliche Entwicklung entscheidet aber nicht allein die Politik. Außenwirtschaftliche Überschüsse werden dann wahrscheinlich, wenn die makroökonomischen „Fundamentals“ stimmen. Darüber für einzelne Länder eine Prognose zu stellen, erscheint bei den langen Fristen, auf die es hier ankommt, riskant. In normativer Hinsicht besteht allerdings Klarheit: Auch für ein ökonomisch „starkes“ Land gibt es keinen Anlaß, nicht danach zu streben, langfristig die Position eines strukturellen Überschußlandes zu halten. Das gilt auch für die Bundesrepublik.

Entwicklungspolitische Aspekte

Eine solche Rolle steht durchaus im Einklang mit der entwicklungspolitischen Aufgabe der Bundesrepublik in der Welt. Im internationalen Vergleich gilt sie als reife Volkswirtschaft. Eine solche hat im internationalen Entwicklungsprozeß die Aufgabe, durch langfristige Nettokapitalexporte den Entwicklungsländern Finanzmittel und letztlich auch reale Ressourcen, hauptsächlich Kapitalgüter, zur Verfügung zu stellen. Die Bundesrepublik kann die Rolle eines Nettokreditgebers auf Dauer nur angemessen erfüllen, wenn sie selbst langfristig genügend große außenwirtschaftliche Überschüsse erwirtschaftet. Erst in der entwicklungspolitischen Rollenzuweisung käme ein normativer Unterschied zwischen Überschuß- und Defizitländern zum Tragen, der allerdings durch den unterschiedlichen Reifegrad von Volkswirtschaften begründet ist. Die Vereinigten Staaten, die in noch höherem Maße als die Bundesrepublik die Eigenschaften einer reifen Volkswirtschaft aufweisen, haben sich dieser Rolle seit Anfang der 70er Jahre versagt. Sie sind seitdem ein strukturelles Nettokapitalimportland und müßten doch – trotz ihrer Funktion als Weltreservewährungsland – insoweit und auf Dauer eine Leistungsbilanzüberschußposition halten. Dies war auch in den 60er Jahren der Fall.

Dauerhaft real steigende Ölpreise bzw. anhaltend hohe OPEC-Überschüsse würden die internationale Rollenzuweisung nicht grundlegend verändern. Im Hinblick auf die nicht-erdölproduzierenden Entwick-

lungsländer würde sie für die Bundesrepublik sogar eher noch akzentuiert werden.

Die Ergebnisse dieser Überlegungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

□ Erstens, obwohl eine Prognose darüber, wann die Bundesrepublik wieder Überschüsse in ihrer Leistungsbilanz erzielt, kaum möglich erscheint, lassen sich nationale und internationale Bedingungen normativer Qualität aufzeigen, die einer Aktivierungstendenz förderlich sind.

□ Zweitens, Leistungsbilanzdefizite sind keine ökonomische Tugend an sich – auch nicht angesichts der sich abzeichnenden weltweiten Energieprobleme! Geboten ist in allen Ölimportländern eine energieorientierte Anpassung der Angebots- und Nachfragestrukturen.

□ Dies erfordert, drittens, neben zunächst verstärkten Exporten vor allem Investitionsanstrengungen zu Lasten der konsumtiven Verwendungen des Sozialprodukts.

□ Viertens, im Energieschock ist im Keim bereits ein dynamischer Wohlstandsvorteil für die Weltwirtschaft angelegt. Dieser kann sich allerdings nur entfalten, wenn das offene Welthandelssystem weiterhin Bestand hat. Dies setzt eine Reihe von internationalen Rahmenbedingungen voraus: Einschränkung neoprotektionistischer Tendenzen, Stabilität und Stärkung des Weltwährungssystems, volles Funktionieren des Recyclings der OPEC-Überschüsse über private oder internationale offizielle Kanäle zur „Zwischenfinanzierung“ des Realtransfers, Abbau des Nord-Süd-Gefälles und Stärkung der Entwicklungshilfe, mehr weltwirtschaftliche Verantwortlichkeit der OPEC-Länder, vor allem hinsichtlich ihrer sprunghaften Preispolitik, Ad-hoc-Finanzierung der Defizite sogenannter Problemländer durch internationale Hilfsmaßnahmen.

Jedes dieser weltwirtschaftlichen „Essentials“ stellt – für sich genommen – bereits eine große Herausforderung an die Wirtschaftspolitik dar. In ihrer Gesamtheit unterstreichen sie die Bedeutung der weltweiten Solidarität für das Gelingen des internationalen Anpassungsprozesses, den die Energieknappheit notwendig werden läßt. Der „Burden sharing“-Gedanke, als operationale Handlungsanweisung verstanden, könnte allerdings zu irrigen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen verführen. Die nationale wie die internationale Wirtschaftspolitik fahren besser, wenn sie sich dem Ziel verschreiben, den unausweichlichen Anpassungsprozeß zu Hause und im Ausland durch positive Anpassungspolitiken zu fördern.